

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Preuß.-Berlin 2,50 M. im voraus zahlbar. Für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 16.— M., für das übrige Ausland 18,50 M. zuzüglich Postaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die abgesetzten Nonparillpreise über deren Namen, sowie jede Wort-Änderung, alle auch die Familien- und Organisationsangaben werden laut angelegtem Unrigens-Conto berechnet. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen sein.

Interne-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Verständigung im Ruhrrevier.

Die Arbeiterschaft will selbst Ordnung schaffen!

Essen, 1. April.

Die Vieseler Beschlüsse, ergänzt durch die Verhandlungen in Münster, die unter dem Vorsitz des Ministers Severing stattfanden, wurden von der Vollversammlung der Vollzugsräte des Industriegebietes und des Bergischen Landes einstimmig akzeptiert. Der Kampf wird auf Seiten der Arbeiter eingestellt. Die Arbeiterschaft erwartet aber, daß die Regierung ihre Zusage strikt einhält und keine Truppen in den Industriebezirk einmarschieren läßt. Die Arbeiterschaft ist in der Lage, selbst die Ordnung und Ruhe herzustellen zu können, die Entwaffnung vorzunehmen und normale Zustände eintreten zu lassen.

Essen, 1. April.

Audauernd wird uns gemeldet, daß Reichswehrtruppen fortgesetzt Angriffe und Überfälle auf Rote Truppen in Dorsten, Haltern und Anna unternahmen. Das sei entgegen den Abmachungen. Im Ruhrgebiet herrscht im allgemeinen Ruhe und Ordnung.

Die Erwartung, daß es zu einer friedlichen Lösung der Schwierigkeiten im Ruhrgebiet kommen würde, befestigt sich. Die einstimmig gefaßten Beschlüsse der Vollversammlung der Vollzugsräte, von denen in den oben wiedergegebenen Meldungen die Rede ist, zeigen, daß die Arbeiterschaft des festen Willens ist, selbst Ordnung in dem Industriegebiet zu schaffen und daß es auf keinem Fall zu einem Einmarsch der Roten Truppen kommen darf. Aus einzelnen Teilen des Gebietes kommen allerdings auch alarmierende Nachrichten, von denen man aber sagen darf, daß sie zum größten Teil aus durchsichtigen Absichten die Verhältnisse übertrieben darstellen. Im Gegenzug dazu steht eine uns noch in später Abendstunde des Donnerstag zugewandene, drahlische Mitteilung des Zentralrats in Essen, wonach im allgemeinen Ruhe und Ordnung herrscht. Es muß unbedingt an der Auffassung festgehalten werden, daß die Regierung jetzt nicht die Nerven verlieren darf, und daß alle Maßnahmen, auch gegen wirkliche Plünderer und Räuber, nur in völliger Einberührung mit den Arbeiterparteien und den Arbeitervertretungen getroffen werden dürfen. Auch die Lage im neutralen Gebiet ist durchaus nicht so, daß man die Hoffnung aufzugeben braucht, auch ohne Truppeneinmarsch zu einer Verständigung der Verhältnisse zu kommen.

In den Verhandlungen, die am Mittwoch abend in Münster stattfanden, und an denen im Kultrog unserer Parteileitung und der Berliner Gewerkschaftskommission Genosse Vollmershaus sowie der Abgeordnete Siebel für den Gewerkschaftsbund teilgenommen haben, wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Münster, den 31. März 1920, abends 9 Uhr.

Die Sitzung hat alsleitig die Notwendigkeit betont, die Interessen der Fronten von der Reichsregierung wie auch von dem Zentralrat in Essen und den drei sozialistischen Parteien nach wie vor anerkannten Vieseler Beschlüsse zu verläßern.

Die Frist für die Ablieferung der Waffen und der Abbau der Fronten wird bis zum 2. April, mittags 12 Uhr, verlängert. Bis zu diesem Termin hat auch die gesprochene Amnestie Geltung, so daß allen Kämpfern ein ehrenvoller Abzug ermöglicht ist. Als Anzeichen im Sinne der Verständigungserklärung vom 20. März wird behandelt, wer nach dem 2. April mittags 12 Uhr zum Zwecke des Kampfes gegen die ver-

fassungsmäßigen Organe Waffen führt oder entgegen den Vereinbarungen nicht niedergelegt hat.

Jede Vorwärtsbewegung der Reichswehr oder Teile derselben hört mit dem 31. März abends auf.

In Orten, die die ernstesten Anstrengungen für die restlose Ablieferung der Waffen gemäß den Vieseler Beschlüssen fruchtbar unternommen, wird das Standrecht und der verschärfte Ausnahmezustand aufgehoben.

Die politischen Parteien und der Zentralrat werden ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um den Kampf der Arbeiterschaft des Industriegebietes geschlossen und einheitlich zu dem genannten Zeitpunkt zu beenden und die Wiederaufnahme der Arbeit durchzuführen.

Die zehntägige Frist zu Punkt 9 des Vieseler Beschlusses wird vom 2. April an gerechnet.

Für diejenigen Beamten, die verfassungswidrig gehandelt haben, und ordnungsgemäß vom Dienst suspendiert worden sind, bleibt diese Maßnahme bestehen.

Zur weiteren ordnungsgemäßen Abwicklung der Verhältnisse bleiben die Genossen Bräuh, Ernst von der Unabhängigen Sozialdemokratie und Graßmann, der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, mit dem Staatskommissar Severing in Verbindung.

Aus Münster wird noch gemeldet, daß der Minister Severing gestern mit Arbeitervertretern verhandelt hatte und daß diese sich beim Zentralrat in Essen dafür einsetzten wollten, daß der Generalstreik sofort abgebrochen wird, daß bis Freitag mittags 12 Uhr die Waffenabgabe erfolge und daß bis Freitag mittags 12 Uhr die ordentlichen Behörden wieder eingesetzt sind und unbelästigt ihres Amtes walten können.

Nicht nur der Zentralrat, sondern auch die Vollversammlung der Vollzugsräte haben denn auch diese Vereinbarungen einstimmig angenommen. Den Arbeitervertretungen muß nunmehr aber auch die unbedingt notwendige Zeit zur Durchführung der Vereinbarungen geschaffen werden.

Wie uns Vollmershaus noch mitteilt, besteht die allgemeine Ansicht, daß auf Grund dieser Vereinbarungen der Generalstreik sowie die Kämpfe eingestellt werden. Die Lage der Arbeiterschaft im Industriegebiet ist als günstig zu betrachten. In Anbetracht des langen Ausharrens der Arbeiterschaft in der Kampfstellung und der trotz aller Mühe ungenügenden Verproviantierung, ist es um so mehr zu erwarten, daß wieder Ruhe eintreten wird. An etlichen Stellen der Fronten wurde am 31. März gegen Abend noch gekämpft. Die Reichswehrtruppen bewegten sich vorwärts. Die Arbeiterschaft zog sich bis hinter die Lippe zurück. Die Enghalssigkeit und der Kampfesmut der Arbeiterschaft sind trotz der Strapazen als gut zu bezeichnen. Sie fürchten bei einem etwaigen Einmarsch der Reichswehrtruppen nicht nur ihre Waffen loszuwerden, sondern in der üblichen Weise behandelt zu werden. Viele Kohengruben waren von der Arbeiterschaft unterminiert, so daß bei dem Einmarsch der Truppen besetzt werden konnte, daß diese gesprengt werden.

Gerade diese Entspannung kommt offenbar der reaktionären deutschnationalen Meute, den Militaristen und manchen Bureaufüraten höchst ungelogen. Sie versuchen noch in letzter Stunde durch eine tolle Hebe die friedliche Lösung zu verhindern. Das reaktionäre Geschichtsbuch wünscht nichts sehnlicher, als daß von neuem ein Blutbad unter der Arbeiterschaft angerichtet, neuer erbitterter Streit in ihre Reihen hineingetragen und die einheitliche proletarische Front gewalttätig gesprengt würde.

Daraus erklärt sich auch der Versuch, den wir an anderer Stelle schildern, die Presse durch teils erlogene und teils maßlos übertriebene Nachrichten aufzuklären und ein gewalttätiges Vorgehen zu verlangen. Der Ursprung all dieser Nachrichten ist in Münster zu suchen, wo der General Watter sein Hauptquartier hat. Unterstützt werden diese Intrigen durch das Stabsreferat im preussischen Staatsministerium. Wirkungslos sind diese Treibereien nicht geblieben und es ist außerordentlich bedauerlich, daß auch liberale Blätter die sensationellen Schwindelnachrichten verbreiten. Wenn schon der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ in Münster sich die Mühen von angeblichen Zusammenhängen des spanischen Vorgehens der Arbeiterpartei und dem „russischen Bolschewismus“ aufbinden

läßt, so könnte doch endlich die Redaktion dafür sorgen, daß solche Schauergerüchte keine Aufnahme finden.

Daß das auch von einem liberalen Blatt nicht zuziel verlangt ist, beweist die viel einschlägigere und anständigere Haltung, die die „Frankfurter Zeitung“ diesen Vorwürfen gegenüber einnimmt. Das Blatt stellt fest, daß die Verschärfung der Situation im Ruhrrevier vor allem durch die Fehler der Regierung verurteilt sei. Es genügt nicht, wenn der Reichsanwalt Müller den guten Wunsch hat, Blutvergießen zu vermeiden. Man müsse auch etwas dazu tun, daß dieser Wunsch erfüllt werde. Es sind aber im Gegenteil von der Regierung schwere Fehler gemacht worden.

„Einen der größten hat schon Müllers Vorgänger Bauer begangen, als er es unternahm, den General Watter abzu-berufen. Man steht bisweilen wie vor einem Rätsel. Bauer, Müller und andere sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, und man sollte meinen, daß gerade solche Personen ein gutes Verständnis für die Psychologie der Massen hätten. Über gerade in der Angelegenheit Watter ist das nicht bewiesen worden. General Watter ist wahrscheinlich kein in der Masse gefürchteter Reaktionsär, aber er hat es unternommen, in der Putschzeit alsbald eine Erklärung abzugeben, daß er der rechtmäßigen Reichsregierung treu bleibe. Er hat sich geweigert, diese Erklärung zu geben, obgleich sie von den Arbeitern und von bürgerlichen Kreisen gewünscht wurde, und er hat sich erst dann dazu verstanden, als die Lage Kapps und seiner Leute bereits ungünstig wurde und es daher kein Verdienst mehr war, die Treue zu bekunden. Es ist wirklich zu begreifen, daß die Bevölkerung einem solchen Offizier kein Vertrauen mehr entgegenbringt, was dann darin zum Ausdruck kam, daß verschiedene Organisationen, auch bürgerliche, den Reichsanwalt Bauer ersuchten, Watter abzuverhaften. Und nun geschah das Un glaubliche, daß Bauer dem General Watter das Vertrauen erklärte, das ihm die Bevölkerung entzogen hat. In früheren Zeiten kam ähnliches öfter vor. Das alte Regime legte den größten Wert darauf, niemals den Anschein entstehen zu lassen, als sei ein Funktionär durch den Willen des Volkes gestürzt worden. ... Nun ist gewiß nicht anzunehmen, daß Bauer die Frage Watter unter denselben Gesichtspunkten betrachtet habe. Er wird wohl wirklich der Ansicht sein, daß Watter Vertrauen verdiene und man ihn deshalb nicht sollen lassen dürfe. Das ist menschlich recht schön, aber leider kann man ein Reich nicht lediglich unter solchen Gesichtspunkten führen. Man ist eben oft in der Lage, zwischen zwei Übeln wählen zu müssen, und ein Staatsmann ist dazu da, das kleinere vorzuziehen. In diesem Falle konnte er nicht zweifeln sein, was zu tun war. Daß aber Bauer den General Watter nicht nur auf seinem Posten belassen, sondern ihm auch noch öffentlich das Vertrauen der Regierung erklärt hat, daß hat die Massen im Industriegebiet, die man hätte beruhigen sollen, noch weiter erregt. In den Verhandlungen über das Vieseler Abkommen ist der Rücktritt Watters allerdings nicht verlangt worden, aber die Delegierten scheinen in diesem Punkte die Stimmung nicht richtig eingeschätzt zu haben, denn man sieht doch, daß der Rücktritt immer wieder gefordert wurde, auch gestern von den Gewerkschaften. Nun heißt es, der jetzige Reichsanwalt habe ihnen gegenüber betont, der Fall Watter habe sich zu einer Prestigeangelegenheit für die Regierung ausgewachsen. Wir möchten hoffen, daß sich Herr Müller nicht so geäußert habe. Es stehen jetzt wahrhaftig andere Dinge auf dem Spiele als solche Rücksichten, und an Prestigepolitik hat Deutschland schon bis zur Uebelkeit genug gehabt.

Wenn das Prestige der Regierung Schaden leiden sollte, dann geschähe es nicht durch den Rücktritt eines Generals, sondern dadurch, daß ihr Vorgehen gegen die Aufständischen des Industriegebietes nicht genügend durchdacht und daher nicht zweckmäßig war. Die Regierung mußte wissen, daß der Aufruhr im Industriegebiet innerlich im Abwärtsweg war und bald zusammenbrechen würde, sie mußte wissen, daß der Einmarsch der Truppen die Arbeiterschaft des Industriegebietes, die bereits zum größten Teil mit der „Roten Armee“ nicht mehr zu tun haben will, wieder an die Seite dieser Roten bringen würde. Das haben alle bestätigt, die die dortigen Verhältnisse kennen. Es wäre also das Nützliche gewesen, das Ultimatum zu unterlassen und zuzusehen, wie sich der Aufstand dort selber tot laufen würde.

Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt dabei nicht einmal Bezug auf die unerhörte Propaganda, die die Ausführungsbestimmungen Watters darstellen. Die Regierung scheint aber noch immer nicht die Notwendigkeit der Ab-

Watters zu begreifen. Wir wollen daher Ihrem Verständnis zu Hilfe kommen und veröffentlichen deshalb folgendes Dokument, das für das Doppelspiel des Generals den urkundlichen Beweis liefert:

Münster, den 15. März, 1920, mittags.
Mitteilung von Frau Brigade St.

Die Lage ist folgender: Die alte Regierung ist von Dresden zerfallen, Ziel unbekannt. Leipzig hat sich geweigert, sie aufzunehmen, Chemnitz will sie verhaften. Die Verhältnisse in Berlin bezüglich endgültiger Zusammensetzung der neuen Regierung sind durchaus ungeklärt. Einige Mitglieder der R. S. P. und der U. S. P. sollen sich zum Eintritt bereit erklärt haben.

Unter diesen völlig unklaren Verhältnissen hält der Oberbefehlshaber des Westkreises VI unter allen Umständen an dem Standpunkte fest, daß er und die ihm unterstellten Truppen ausschließlich die Aufgabe haben, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, den Schutz der Arbeit und den Schutz der persönlichen Freiheit und Sicherheit des einzelnen zu gewährleisten. Alle Bestrebungen linksradikaler Elemente, die Macht in irgendeiner Form in die Hand zu bekommen, werden auf das Schärfste unterdrückt.

Der Oberbefehlshaber muß eine vollkommen selbständige Haltung in allen Fragen des ihm unterstellten Bezirkes einnehmen, da er weder von der alten Regierung, von der niemand weiß, wo sie sich befindet, oder ob sie noch besteht, Befehle erhält, noch die Autorität einer neuen Regierung anerkennen kann.

Die politische Anschauung des einzelnen Offiziers und Mannes muß vollkommen zurücktreten. Das soldatische Pflicht- und Ehregefühl fordert unbedingten Gehorsam und uneingeschränktes Vertrauen ihrem Führer gegenüber, der mit seiner ganzen Kraft befehligt, hier in dem Herzen des deutschen Wirtschaftslebens unabsehbares Unheil zu verhüten, das keiner Regierung, wie sie auch heißen möge, dienen kann und unser Volk in furchtbares Unglück stürzen muß.

Der Oberbefehlshaber verbietet jede Provokation von Seiten der Truppen oder von Seiten einzelner Angehöriger. Diese ist nur geeignet, seine klare Haltung allen Parteien gegenüber zu erschweren. Seine Truppe hat schwarz-weiß-rote Hoffen auf ihren Kasernen zu führen oder mit sich zu führen. Im übrigen haben alle Bestimmungen des Ausnahmezustandes bzw. des verschärften Ausnahmezustandes ihre volle Gültigkeit und geben Führern und Truppen klare Richtlinien für ihr Verhalten.

Frau Brigade St.

1a 8173

den 15. März 1920.

Obige Verfügung ist sofort den Truppen bekannt zu geben.

gez. Schläpe.

Major u. Garn.-Kassier.

Garnisonso. Osobrad

Wortfoto,

O-Leutnant u. Adjutant

Ergänzend wollen wir nur noch bemerken, daß der General in den ersten Tagen der Rapp-Regierung von verschiedenen Führern der S. P. D., wie Woldt, Susmann und anderen befragt wurde, ob er für die Regierung Ebert-Bauer sei. Er verweigerte jede bestimmte Antwort und erklärte nur, er sei für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Im übrigen spricht ja das Dokument für sich selbst. Der General erklärte im Augenblick des Rechtsputsches, er sei gegen die linksradikalen Elemente. In Wirklichkeit nahm er gegen die gesamte Arbeiterchaft, die sich ohne Unterchied der Parteirichtung gegen die Rapp-Regierung erhob und den Generalsstreik verkündete, auf schärfste Stellung und unterstützte so mit allen Kräften den Staatsstreik der Rapp und Lüttich. Er sah eben seine Aufgabe darin, die Bewegung im Ruhrgebiet militärisch niederzuhalten und so das Rapp-Regiment in seinem Gebiete zu sichern. Das ist der General, den die Regierung noch immer hält, dessen Provokationen der Arbeiterchaft sie noch immer nicht mit seiner Abberufung zu beantworten mag!

Wenn Watter seine Pläne nicht ausführen konnte, wenn er das wirtschaftlich wichtigste Gebiet Deutschlands nicht der Rapp-Regierung sichern konnte, so ist das einzig und allein dem entschlossenen Vorgehen der Arbeiter im Ruhrrevier zu danken. Und wenn die Arbeiterchaft zum Dank dafür nicht von demselben General Watter jetzt angegriffen werden wird, so ist das wirklich nicht der Regierung, sondern nur der Macht und dem Druck der Arbeiterorganisationen gebührend. Diese Organisationen werden auch ständig darüber wachen müssen, daß die abscheulichen Treibereien, die immer wieder unternommen werden, um ein militärisches Einschreiten herbeizuführen, wirkungslos bleiben. Wenn die Herren von der Regierung so sehr um die Staatsautorität besorgt sind, so mögen sie sie vor allem gegenüber den Herren Generals wahren!

Ein Urteil über Watter.

Der „Kompakt“ berichtet von dem General v. Watter folgendes:

Aus dem Ministerlande erhalten wir eine Fülle von Zuschriften, welche die mehr als zweifelhaftige Stellung des Generals v. Watter bezeugen. Raumwangel verbietet uns, auf Einzelheiten einzugehen. Erinnert wird z. B. daran, daß Watter vor Jahresfrist die treibende Kraft bei der brutalen Auflösung des Soldatenrats in Münster war, über die hier feinerget berichtet wurde. Es wird ferner daran erinnert, daß Watter es verstanden hat, das ursprünglich aus demokratisch gewählten Reserveoffizieren bestehende Offizierskorps des Freikorps Düsseldorf, später Reichswachtregiment 81, vollkommen in reaktionärem Sinne umzugestalten. Ebenso verfuhr er bei den gleichfalls republikanischen Unteroffizieren und Mannschaften, die durch deutschnationale Monarchisten erzieht wurden.

Vor allem wird darauf aufmerksam gemacht, daß schon im Juli 1919 eine reaktionäre Verschwörung zwischen dem früheren Kommandeur des Freikorps Düsseldorf, Hauptmann v. Heeringen, und den faulsten bekannten Freikorpsführern Lichtschlag und Schulz bestanden hat, die damals an dem Watterhand des noch großenteils demokratischen Offizierskorps scheiterte. Die ganzen Vorgänge waren aber auf dem Generalskommando in Münster nicht unbekannt, und Hauptmann v. Heeringen in dauerndem und tätlichem Verkehr mit General v. Watter stand. Bei Gelegenheit von Offiziersbesprechungen, die in der Umgegend von Lünen stattfanden, sah v. Watter kein Bedenken daraus, daß das

letzte Blatt der Organisation des Reichswehr die Wiederherstellung der Monarchie sei.

Die Regierung trennte sich endlich von diesem Mann, gegen den die Arbeiterchaft mit Recht höchstes Mißtrauen hegt.

Staatskommissar Weismann.

Zu einer unerhörten Szene, die die Zustände in der Regierung grell beleuchtet und aus der sofort die notwendigen Folgerungen gezogen werden müssen, kam es gestern in einer Sitzung der Pressevertreter mit der Regierung. Zuerst berichtete im Namen der Reichsregierung Herr Breuer über die Lage im Ruhrrevier. Er konnte seine Auffassung dahin zusammenfassen, daß eine starke Erleichterung und eine erhebliche Besserung der Lage eingetreten sei. Der Reichskommissar Severing werde alles Notwendige tun, um eine Verschärfung der Krise zu vermeiden. Herr Breuer wandte sich dann gegen einen Teil der Berliner Blätter, die am Donnerstag morgen die Lage weit schlimmer geschildert haben als sie tatsächlich sei. Insbesondere nannte er die „Post“, die behauptet hatte, daß wir vor einer „Katastrophe im Ruhrrevier“ ständen. Davon könne keine Rede sein. Politisch und vom Reichsgang aus gesehen, sei die Gefahr einer Katastrophe überwunden. Was sich jetzt noch an Blünderungen und Räubereien in dem Ruhrrevier ereigne, müsse lediglich von lokalen Gesichtspunkten aus betrachtet und behandelt werden. In der neutralen Zone werde sich die Ordnung auch ohne Einmarsch von Truppen herstellen lassen.

Soweit Herr Breuer, dem man insofern zustimmen kann, als es nunmehr lediglich von den Maßnahmen der Regierung abhängt, welche Lösung die Krise im Ruhrrevier finden soll. Das wurde auch von einigen Vertretern der Presse zum Ausdruck gebracht. Nun erschien plötzlich der neuernannte preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Staatsanwalt Weismann, auf der Bildfläche. Er wurde der Sitzung von Herrn Breuer vorgestellt mit dem Bemerkung, daß er einige Mitteilungen zu machen habe. Mit staatsanwaltschaftlicher Schnelligkeit machte denn auch Herr Weismann einige Ausführungen, die im offenen Widerspruch mit den Mitteilungen des Vertreters der Reichsregierung standen. Er sagte, daß er im Laufe des Vormittags vom Regierungspräsidenten in Münster Meldungen erhalten hätte, die geradezu ein Notruf darstellten. Von den Reichsbankstellen würden Gelder erpreßt, überall hausten Räuber, man habe es jetzt nur noch mit einer Bande von Verbrechern, Blünderern und Reutern zu tun, denen gegenüber die Geduld der Regierung eine Grenze haben müsse. Die Arbeiterchaft könnte geradezu nach Militär um Hilfe. Mit Blünderern und Räubern verhandele die Regierung nicht, denn dann laufe sie Gefahr, daß jede Staatsautorität verloren gehe. Die Nachrichten seien so ernst, daß sie nicht einbringlich genug gemeldet werden könnten. Man müsse geradezu aussprechen, daß wir im Ruhrrevier „vor einer Katastrophe“ ständen.

Man kann sich vorstellen, welche Wirkung diese Ausführungen des preussischen Staatskommissars auslöste. Liegt doch der Verdacht außerordentlich nahe, daß die infamen Scharfmachereien der Rapp-Presse, insbesondere der „Post“, von dieser berüchtigten Regierungsstelle und Spitzelzentrale inspiriert sind. Die Vertreter der unabhängigen Presse erklärten mit allem Nachdruck, wenn die Reichsregierung sich diese Auffassung des Herrn Weismann zu eigen mache, daß es dann erst zu der von ihm angelegten Katastrophe kommen werde. Die Arbeiterchaft, die bisher, wie allseitig anerkannt worden ist, sich außerordentliche Mühen und Zurückhaltung auferlegt hat, müsse diese Ausführungen als eine maßlose Provokation empfinden. Herr Breuer suchte zunächst zu vermitteln. Wenn Herr Weismann seine vorherigen Ausführungen gebürt hätte, so würde er wohl gemäßigtere Ausdrücke gebraucht haben. Der Widerspruch zwischen den Anschauungen des preussischen Staatskommissars und der Reichsregierung erklärte sich wohl auch daraus, daß Herr Weismann noch jung in seinem Amte sei und noch nicht die notwendige Fühlung mit den Vertretern der Reichsregierung habe nehmen können.

Darauf erklärte Herr Weismann in frechem Ton, daß er ganz entschieden dagegen Verwahrung einlege, daß ihm irgendwelche Vorschriften gemacht würden. Was Herr Severing tue, gebe ihn nichts an. Er gebe seine Mitteilungen an die Presse auf Grund der ihm zugegangenen Nachrichten. In seinem Amte lasse er sich nichts reinreden. Später erklärte er noch einmal, daß er eine Politik des „Rechtspleiens“ nicht mitmache. Er habe am Vormittag die ernststen Meldungen aus dem Ruhrrevier erhalten, sei damit zur Reichsregierung gegangen und habe von dort den Auftrag erhalten, sie den Pressevertretern mitzuteilen. Wie man nachher erfuhr, soll dieser Auftrag von dem Unterstaatssekretär Albert erteilt worden sein.

Nunmehr mußten es auch die Vertreter der Reichsregierung ausgeben, den Konflikt, der zwischen ihnen und der preussischen Regierung, verförpelt durch den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Staatsanwalt Weismann, entstanden war, zu demänteln. Die Vertreter der rechtsstehenden Presse nahmen selbstverständlich die Gelegenheit wahr, um auf Grund der Weismannischen Mitteilungen der Reichsregierung die Verbreitung von Lügen und falschen Darstellungen vorzuwerfen. Das Auftreten des Staatskommissars für öffentliche Ordnung gibt so der alldeutschen Presse die erwünschte Gelegenheit, um nach den schärfsten Maßnahmen gegen die Arbeiterchaft im Ruhrrevier zu rufen. Sie laßt sich noch einem Vorwand, der der Reichswehr Veranlassung geben könnte, ein Zutrad unter der rheinisch-westfälischen Arbeiterchaft anzurichten. Diesen Vorwand hat ihnen Herr Weismann mit seinen ganz auf den Ton der alldeutschen Schauermedien gestimmten Mitteilungen gegeben.

Die Reichsregierung hat nunmehr die Pflicht, die notwendigen Folgerungen aus dem von uns geschilderten Vorfall zu ziehen. Auch von dem Minister des Innern Severing, der jetzt als Reichskommissar im Ruhrrevier weilt, erwarten wir, daß er mit schärfster Mißbilligung in dieses Treiben hineinfährt. Wenn schon das preussische Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung eine nicht nur überflüssige, sondern höchst schädliche Einrichtung ist

so hat Herr Weismann gestern noch besonders Bewiesen, daß er nicht die mindeste Eignung für sein Amt besitzt. Herr Weismann, der soviel auf Staatsautorität gibt, und die Arbeiterchaft von Rheinland-Westfalen als Räuber und Blünderer hinstellt, gegen die rücksichtsloses Auftreten geboten sei, ist einer der berüchtigtesten Spieler von Berlin. Dieser Mann mußte ein Objekt der Staatsanwaltschaft sein, statt sich als deren Vertreter gegenüber der Arbeiterchaft aufzuspielen. Er hat, wie schon in so vielen Prozessen, auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß ihm jede Einsicht in die Blöße der Arbeiterchaft, jede Kenntnis von den Triebkräften der Arbeiterbewegung abgeht. War es schon ein Skandal, daß Herr Hirsch den unreaktionären Herrn von Berger eines der höchsten Ämter in Breußen übertragen hat, so ist es ein nicht viel kleinerer Skandal, daß er die letzten Tage seiner Ministerchaft dazu mißbraucht hat, zu dessen Nachfolger diesen Staatsanwalt Weismann zu ernennen. Wir erwarten von dem neuen preussischen Ministerium auf das Bestimmteste, daß es diesen Menschen ungejämmt fortgeschiden wird.

Wie kam Herr Weismann überhaupt dazu, sich in diese Dinge, die doch eine Reichsangelegenheit darstellen, zu mischen? Er behauptete, daß er einen Auftrag von der Reichsregierung habe. Der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Herr Albert, erklärt nun aber nachträglich, daß er Herrn Weismann ein solches Mandat nicht erteilt habe. Er habe ihm auf seine Bitte lediglich gesagt, daß wenn er ernste Nachrichten aus dem Ruhrgebiet habe, er diese vor den Vertretern der Presse mitteilen könne. Nun hat der Staatskommissar aber keinerlei Nachrichten übermittelt, sondern schwerwiegende politische Äußerungen getan, die geeignet waren, die Absichten der Regierung nach einer Verständigung völlig zu diskreditieren.

Wenn nicht neue Erregung in die Arbeiterchaft hineingetragen werden soll, so hat die Reichsregierung die Pflicht, alle reaktionären und scharfmacherischen Elemente aus ihrer Umgegend zu entfernen!

Die Einigungsverhandlungen.

Essen, 1. April. (W. Z. B.)

Über die Einigungsverhandlungen in Münster teilt uns der Zentralrat mit:

Die Vollversammlung der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen beschließt die Anerkennung und sofortige Durchführung der Vorschläge der Vereinten Gewerkschaften vom 24. März und dem am 31. März in Münster getroffenen Vereinbarungen. Die Kampfleiter der roten Armee erklären, daß sie sich diesen Vorschlägen der Vollzugsräte unterwerfen und für sofortige Durchführung der Beschlüsse sorgen werden. Aus den Vereinbarungen ergeben sich für die kämpfende Arbeiterchaft folgende Verpflichtungen:

1. Sofortige Einstellung des militärischen Kampfes und sofortige Auflösung der Roten Armee bis spätestens 2. April 12 Uhr mittags. Von dem Truppenleiter ist den Soldaten eine Besoldung über ihre Dienstzeit auszustellen. Die zu entlassenen Soldaten gehen mit ihren Waffen an ihre Wohnorte zurück, wo die Waffen und Munition abgegeben und wo sie ihre Löhnung in Empfang zu nehmen haben. Die Unternehmer sind gehalten, alle bisher von ihnen beschäftigten Arbeiter, die an den Kämpfen teilgenommen haben, wieder einzustellen.

2. Sofortige Freilassung der aus Anlaß des Kampfes gemachten Gefangenen bis spätestens 2. April, 12 Uhr mittags.

3. Sofortige Abgabe der Waffen, Munition, etc. besetzten und requirierten Heeresgeräte an die Stellen, die vordem jetzt bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüssen in Gemeinschaft mit den Gemeindebehörden zuzuschicken sind. Diese Stellen haben dafür zu sorgen, daß auch die Waffen abgeliefert werden, die das Bürgerum noch im Besitz hat. Die Verwahrung von Waffen und Munition übernimmt die Gemeindebehörde. Der zu bildende Ordnungsausschuss wird darüber zu wachen haben, daß die Waffen in Verwahrung der Gemeindebehörden bleiben. Die völlige Abgabe von Waffen und Munition muß innerhalb zehn Tagen bis spätestens den 10. April restlos durchgeführt werden.

4. Bis zum 10. April muß in jeder Gemeinde von den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten, sowie von Reichsgewerkschaften ein Ordnungsausschuss gebildet sein, der im Einvernehmen mit den Gemeindebehörden bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt. Die revolutionäre Arbeiterchaft wird darauf zu achten haben, daß sie entsprechend ihrer Stärke im Ordnungsausschuss vertreten ist.

5. Zur Unterstützung der örtlichen Sicherheitsorgane ist vom Ordnungsausschuss eine Ordnungswache aus der republikanischen Bevölkerung, insbesondere den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten zu bilden, und zwar in einer Stärke von 3 Mitgliedern der Ordnungswache auf je 1000 Einwohner. Für die Zeit, in der die Mitglieder der Ordnungswache Dienst leisten, haben sie eine Bezahlung von der Gemeinde zu beanspruchen. Es ist in der Vereinbarung vorgesehen, daß die Kosten der Ordnungswache zum Teil vom Staat getragen werden. Sämtliche Einwohnerwehren sind aufzulösen.

6. Die verfassungsmäßigen Behörden dürfen in der Ausübung ihrer Ämter entsprechend den dafür bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht behindert werden.

Alarmierende Nachrichten.

Bei der Regierung sind eine Anzahl Meldungen eingegangen, nach denen sich die Lage im Ruhrrevier verschlechtert habe. Wir geben sie untenstehend wieder. Im Gegenteil dazu steht eine drahlliche Mitteilung, die wir Donnerstagabend gegen 11 Uhr vom Zentralrat in Essen erhalten haben. Danach sind die offiziellen Meldungen außerordentlich übertrieben. - Gewiß ist es an einigen Orten zu Ausschreitungen gekommen, aber im allgemeinen herrscht doch Ordnung.

Die alarmierenden Meldungen stammen von Bürgermeistern und anderen amtlichen Stellen, die ein Interesse daran haben, die Lage schlimmer darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Der Zentralrat ist in den letzten Tagen diesen übertriebenen Darstellungen entgegengetreten, die Regierung scheint jedoch den Berichten der Arbeitervertretungen keinen besonderen Wert beizulegen und trägt somit dazu bei, daß die Entspannung der Lage erschwert wird.

Die tendenziösen Meldungen aus dem Ruhrrevier haben die Regierung außerdem veranlaßt, ihren Geschäftsträger in Paris durch dringliche Instruktion aufzufordern, noch einmal wegen eines etwa notwendig

den bestehenden Einmütigen in die neutrale Zone für feindlich zu werden. Der deutsche Geschäftsträger ist erst auf dem Wege, die französische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß das Schicksal des gefährdeten Gebietes von Stunden abhängig ist. Der Geschäftsträger hat seinen Auftrag bereits ausgeführt. Die deutsche Regierung hat sich schon einmal eine Abfrage in Paris gestellt; sie freibt sich, die so viel von nationaler Ehre spricht, ihre Unfähigkeit auf die Spitze, indem sie noch einmal um die Erlaubnis zum Einmarsch in das neutrale Gebiet in Paris nachsieht.

Berlin, 1. April.
Offiziell wird gemeldet: Nach den aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorliegenden Nachrichten macht sich die die beabsichtigte Erziehung der vom Reichskommis- sionär geführten Verhandlungen eingetretene Entspannung an vielen Orten noch nicht geltend. Es ist im Gegenteil an einzelnen Stellen eine Verschärfung der Lage eingetreten, die sich daraus erklärt, daß die linken Elemente fühlen, wie die gesamte Entwicklung im Bereich eine für sie ungünstige Wendung genommen hat. Sie versuchen daher, mit noch schärferen Mitteln als bisher ihre Tätigkeit zu befestigen, auch ist zu berücksichtigen, daß an vielen Orten durch die längere Andauer des Generalstreiks und im Bereich der durch die verborende Lebensmittelknappheit eine für die Verschärfung der Lage sich bemerkbar machen muß.

Nach übereinstimmenden Meldungen ist jetzt schon im Bereich der Verschärfung der Lage sich bemerkbar machen muß. Nach übereinstimmenden Meldungen ist jetzt schon im Bereich der Verschärfung der Lage sich bemerkbar machen muß. Nach übereinstimmenden Meldungen ist jetzt schon im Bereich der Verschärfung der Lage sich bemerkbar machen muß.

Die Mittelungen, die Scheidemann über die Vorgänge in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gemacht hat, sind zum Teil bereits bekannt gewesen. Man mußte, daß diese Reichstagsfraktion in der Tat der Meinung war, daß die grandiose Erhebung der Arbeiterklasse nur den Zweck habe, die herrliche Regierung Ober-Bauer-Roske zu erhalten und daß sie gar nicht verstanden konnte, es sei auch nur der Mühsal Roskes geboten.

Was Scheidemann aber nur ganz leise andeutet, ist die Rolle, die Herr Ebert bei all diesen Vorfällen gespielt hat. Ebert ist zwar Reichspräsident und hätte als solcher die Pflicht, sich in den Schranken seines Amtes zu halten. Davon ist aber bei ihm keine Rede. Er läßt vielmehr noch wie vor starken parteipolitischen Einfluß aus. Scheidemann selbst sagt, daß er sich in der Fraktion dafür eingesetzt habe, Roske unter allen Umständen zu halten. In der Tat ist es so, daß die Herren Ebert, Bauer und Roske sich solidarisch erklärten und eine Art Schutz- und Trutzhündnis eingegangen waren. Ebert war stets der stärkste Befürworter der Roskepolitik, er blieb es, als der Zusammenbruch dieser Politik und seine verhängnisvollen Folgen zur Appell- und Reichstagsfraktion geführt hatten. Ueber die politische Stupidität solchen Verhaltens ein Wort zu verlieren ist überflüssig. Dagegen muß gesagt werden, daß seine Parteilichkeit in dieser Krise weit über die Befugnisse hinausging, die einem Reichspräsidenten zugesprochen werden können.

Herr Ebert suchte Roske zu halten und schreckte selbst vor der Andeutung nicht zurück, daß auch er gehen werde, falls Roske geopfert würde. Als Roske schließlich nicht mehr zu halten war, ging zwar Herr Ebert natürlich nicht, aber er setzte auch dann noch der Reichsbildung des Ministeriums Widerstand entgegen, und ludte die Reichskanzlerin Frau Bauer zu retten. Diefem Vorgehen ist nicht zuletzt die Verlängerung der Regierungskrise mit allen ihren teils bedenklichen und teils lächerlichen Begleiterscheinungen zu danken. Als schließlich auch dieser Widerstand nichts nützte, gelang es Ebert schließlich, Herrn Bauer wenigstens ein Ministerposten zu bewahren.

Das ganze Verhalten Eberts in dieser Krise beweist seine völlige politische Unzulänglichkeit. Sie offenbart aber auch die einsichtlose Bestimmung dieses Mannes, der an dem Roskekurs unter allen Umständen festhalten möchte. Für den Kampf um die friedliche Beilegung im Ruhrgebiet war bei Herrn Ebert, der die ausübende Gewalt restlos auf die Generale übertragen und damit die unmittelbare Verantwortung für ihr Verhalten übernommen hatte, kaum Verständnis und Unterstützung zu finden.

Herr Ebert hat sich unserer Meinung nach als Bewerber für die Reichspräsidentenschaft unzulänglich gemacht und seine Kandidatur mühte nach diesem Verhalten auf den schärfsten Widerstand der gesamten Arbeiterklasse stießen.

Die Regierung glaubt, in Herrn von Seede einen echt demokratischen General gefunden zu haben, dem sie die Wiederherstellung der Ordnung in der Armee und — im Grunde ruhig anvertrauen kann. Noch ehe die Regierung nach der Kapp-Ära nach Berlin zurückkehrte, beauftragte sie einen General mit der vorübergehenden Führung der Geschäfte des Reichswehrministeriums.

Was die Vererbung des Landes mit Kanonen und Geschützen anlangt, so dürfte das Vertrauen der Regierung gefährdet sein, denn gleich am ersten Tage seiner Amtsübernahme hat sich der General wie ein Tiger in den Kampf gegen den Bolschewismus gestürzt. Was er in der kurzen Zeit seiner Amtsführung auf diesem Gebiete geleistet hat, ist bekannt. Und wer weiß, was sich hinter der Worte „gegen den Bolschewismus“ verbirgt, der wird schon an diesem heldenhaften Kampf des Siegers von Gorlice die Unfähigkeit seiner „republikanischen“ Gesinnung erkennen.

Der Regierung und Koalitionsparteien, die eben nur mit Hilfe der arbeitenden Bevölkerung die Militärdiktatur der Bauer und Lüttich stützen konnten, wollen das nicht sehen. Soeben wieder aus Ruder gekommen, ernennen sie Leute für hohe verantwortliche Posten, die ihrer ganzen Erziehung nach den Arbeiter stets als ihren Feind betrachten werden.

General von Seede ist als ehemaliger Chef des Truppenamtes zum mindesten so stark belastet wie Roske. So umfängliche und energische Leute wie General von Seede und sein Chef, General von Oidershausen, sind ganz besonders gefährlich. Sie haben ihr festes Ziel vor Augen, an dem sie mit all ihrer Klugheit und Gewandtheit arbeiten. Und ihr Ziel ist nur die Gegenrevolution. Solche Leute sind für das Proletariat eine weit größere Gefahr als der einfältige Lüttich. Deshalb muß die gesamte Arbeiterklasse ihren Einfluß aufbieten, um diese gefährlichen Burden von ihren verantwortlichen Posten zu entfernen. Kein noch so verführerisch schillerndes „demokratisches“ Mäntelchen darf die verfochtenen Feinde der Republik und der Arbeiterklasse nicht vor dem eisernen Reiter des Schicksals, mit dem der Roskemilitarismus ausgeführt werden soll. An die leitenden Posten in der Armee und in der militärischen Verwaltung gehören Leute, die das Vertrauen der werktätigen Massen des Volkes genießen. Nur sie werden auch den Willen zu einer Umgestaltung der Heeresorganisation im Sinne der Demokratie haben.

Ebert.

Die Mittelungen, die Scheidemann über die Vorgänge in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gemacht hat, sind zum Teil bereits bekannt gewesen. Man mußte, daß diese Reichstagsfraktion in der Tat der Meinung war, daß die grandiose Erhebung der Arbeiterklasse nur den Zweck habe, die herrliche Regierung Ober-Bauer-Roske zu erhalten und daß sie gar nicht verstanden konnte, es sei auch nur der Mühsal Roskes geboten.

Was Scheidemann aber nur ganz leise andeutet, ist die Rolle, die Herr Ebert bei all diesen Vorfällen gespielt hat. Ebert ist zwar Reichspräsident und hätte als solcher die Pflicht, sich in den Schranken seines Amtes zu halten. Davon ist aber bei ihm keine Rede. Er läßt vielmehr noch wie vor starken parteipolitischen Einfluß aus. Scheidemann selbst sagt, daß er sich in der Fraktion dafür eingesetzt habe, Roske unter allen Umständen zu halten. In der Tat ist es so, daß die Herren Ebert, Bauer und Roske sich solidarisch erklärten und eine Art Schutz- und Trutzhündnis eingegangen waren. Ebert war stets der stärkste Befürworter der Roskepolitik, er blieb es, als der Zusammenbruch dieser Politik und seine verhängnisvollen Folgen zur Appell- und Reichstagsfraktion geführt hatten. Ueber die politische Stupidität solchen Verhaltens ein Wort zu verlieren ist überflüssig. Dagegen muß gesagt werden, daß seine Parteilichkeit in dieser Krise weit über die Befugnisse hinausging, die einem Reichspräsidenten zugesprochen werden können.

Herr Ebert suchte Roske zu halten und schreckte selbst vor der Andeutung nicht zurück, daß auch er gehen werde, falls Roske geopfert würde. Als Roske schließlich nicht mehr zu halten war, ging zwar Herr Ebert natürlich nicht, aber er setzte auch dann noch der Reichsbildung des Ministeriums Widerstand entgegen, und ludte die Reichskanzlerin Frau Bauer zu retten. Diefem Vorgehen ist nicht zuletzt die Verlängerung der Regierungskrise mit allen ihren teils bedenklichen und teils lächerlichen Begleiterscheinungen zu danken. Als schließlich auch dieser Widerstand nichts nützte, gelang es Ebert schließlich, Herrn Bauer wenigstens ein Ministerposten zu bewahren.

Das ganze Verhalten Eberts in dieser Krise beweist seine völlige politische Unzulänglichkeit. Sie offenbart aber auch die einsichtlose Bestimmung dieses Mannes, der an dem Roskekurs unter allen Umständen festhalten möchte. Für den Kampf um die friedliche Beilegung im Ruhrgebiet war bei Herrn Ebert, der die ausübende Gewalt restlos auf die Generale übertragen und damit die unmittelbare Verantwortung für ihr Verhalten übernommen hatte, kaum Verständnis und Unterstützung zu finden.

Herr Ebert hat sich unserer Meinung nach als Bewerber für die Reichspräsidentenschaft unzulänglich gemacht und seine Kandidatur mühte nach diesem Verhalten auf den schärfsten Widerstand der gesamten Arbeiterklasse stießen.

Preiserhöhung für Kohle.

Berlin, 1. April.
Der Reichstagsfraktion wurde heute in seiner heutigen Sitzung mit Vorschlägen der Kohlenindustrie auf Kohlenpreiserhöhungen befaßt. Begründet wurden die Anträge mit dem am 1. April eintretenden Lohn- und Gehaltsausgleich für Arbeiter und Beamte. Beschlossen wurde für den Bezirk des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels eine Preiserhöhung von zwanzig Mark je Tonne Steinkohle. Eine gleiche Erhöhung wird für den Bezirk des niederschlesischen Kohlenhandels eintreten, wenn die Verhandlungen über die Lohn- und Gehaltsausgleichungen mit den Arbeitnehmersorganisationen zum Abschluß gekommen sind. Für den Bezirk des ostpreussischen und des mitteldeutschen Braunkohlenhandels wurde eine Preiserhöhung von 88 Mark für die Tonne Bräunkohle, zehn Mark für Bitterkohle, elf Mark für Sackkohle und zwölf Mark für Stückkohle beschlossen. Dem Bezirk des rheinischen Braunkohlenhandels wurde eine Preiserhöhung von fünfzehn Mark für die Tonne Bräunkohle zugesprochen. Die Preisausschläge verbleiben sich ausschließlich Kohlen- und Umsatsteuer.

So ist der Anstieg, mit Lohn- und Gehaltsausgleichungen begründete Preiserhöhungen zu bewilligen, gegen den wir uns gestern wandten, schon perfekt geworden. Daran ist auch zu sehen, daß dieser Kohlenverband, der das Produkt des „Marxismus“ der Sozialisten im vorigen Frühjahr ist, nichts anderes ist als eine Interessensvertretung des Kohlenkapitals. Wir erwarten, daß die Gewerkschaften angesichts solcher Vorgänge ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die Zustände, die immer wieder zu einer Verengung des Gemeinwohl führen, grundsätzlich abzuändern werden, und daß die Sozialisten des Bergbaus zu

den Forderungen gehört, deren Verwirklichung die Voraussetzung für den Abbruch des Generalstreiks waren. Hier muß sofort zugegriffen werden.

Die Dänische Krise.

Beginn des Generalstreiks. — Truppeneinberufung.
Kopenhagen, 1. April.

Die Drucker der rechtsstehenden Zeitungen haben heute früh die Arbeit eingestellt. Von morgen ab werden nur noch radikale und sozialistische Zeitungen erscheinen.

Kopenhagen, 1. April.
Die „Vestiken“ meldet, hat die Regierung die Einberufung neuer Truppen angeordnet. Die in Kopenhagen stehenden Truppen sind mit scharfen Patronen versehen worden.

Belohnung für treue Dienste.

Dresden, 1. April.
Mit Einverständnis der dänischen Regierung ist der dänische Gesandte in Dresden, Herr v. Berger, der bisherige Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, hat also die entsprechende Belohnung für seine treuen Dienste erhalten. Daß er einer der höchsten Vertreter des alten Systems ist, verklärt nicht. Er hat mit aller Kraft den Kampf nach links geführt, und das qualifiziert ihn. Im übrigen ist es ein unhaltbarer Zustand, daß trotz aller Schreie nach der Parität im öffentlichen Leben, trotz aller Rederei vom deutschen Einheitsstaat noch preukische Gelände zu jedem Bundesstaat delegiert werden. Muß denn das alte Regime bis ins kleinste kopiert werden?

Prinz Joachim Albrecht aus der Haft entlassen.

Der Oberbefehlshaber General von Seede, hat daraufhin unter Zustimmung des Regierungskommissars dem Prinzen nach der Entlassung bis auf weiteres den Aufenthalt innerhalb Groß-Berlins verboten.

Dieser Fall beweist wieder einmal, wie eifrig man es mit der Entlassung aus der Schutzhaft hat, wenn es sich nicht um Unabhingige oder Kommunisten handelt. Prinz Joachim Albrecht gehörte überhaupt nicht in Schutzhaft, sondern in Untersuchungshaft, bis durch Gerichtsverhandlung seine Mitschuld an den skandalösen Vorgängen im Hotel Adlon bewiesen wurde. Da bei dem Prinzen Joachim Albrecht dringender Fluchtverdacht besteht, so muß die Anordnung des Generals v. Seede direkt wie Beihilfe zur Flucht an. Der Hohenzoller ist sofort in Untersuchungshaft zu nehmen, um eine gerichtliche Klärstellung der Vorgänge nicht zu vereiteln.

Der 1. Mai in Frankreich.

Paris, 1. April.
Der Landesverband der Arbeiterorganisationen nahm Mittwoch eine Entschliessung an, in welcher für den 1. Mai in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften eine internationale Welt demonstration in Form eines 24stündigen Generalstreiks zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmethoden vorgesehen ist.

Das Reichwehrgeneralinspektorat I teilt mit: Durch Entscheidung des Reichsmilitärgerichts ist die Schutzhaft über den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen aufgehoben und der Prinz aus der Schutzhaft entlassen worden.

Der Gefangenen austausch mit Sowjet-Rußland.

Die durch die Ereignisse der letzten Zeit herbeigeführten Verhandlungen mit dem Vertreter der Sowjetregierung über den gegenseitigen Gefangenen austausch haben nunmehr zu folgenden Ergebnissen geführt: Die Verhandlungen über das zu schließende Abkommen sind im wesentlichen beendet und seine Ratifizierung steht unmittelbar bevor. Eine deutsch-russische Kommission reist dieser Tage nach Kiew, um an Ort und Stelle mit der russischen Regierung eine Vereinbarung über die sofortige Durchführung der gegenseitigen Gefangenen austausches herbeizuführen.

Witte April wird ein Schiff mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken nach Kiew zur Weiterleitung nach Moskau abgehen. Der zweite Transport mit deutschen Invaliden, Frauen und Kindern steht in Moskau abfertigbar. Er wird sofort nach erfolgtem Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Polen und Rußland über polnisches Gebiet geleitet, desgleichen ein Gefangenenaustausch mit russischen Invaliden.

Militärherrschaft in Kremen (Mar).

Am 22. März wurde die Stadt Kremen (Mar), wo bis dahin muntere Ruhe geherrscht hatte, von Reichswehrtrouppen besetzt. Auf Grund einer Denunziation verhafteten sie wenige Stunden nach ihrem Einrücken 70 Mitglieder der Arbeiterbewegung und durchsuchten mit der größten Rigorosität die Häuser nach Waffen. So durchsuchten sie das Bett einer erst vor wenigen Stunden neugeborenen Frau. Den Gefangenen wurde erklärt, sie würden alle um 2 Uhr erschossen. Zur angegebenen Zeit wurden je zwei beiseite geführt und Salvo abgegeben, so daß die anderen glauben mußten, sie seien erschossen worden. Dies wiederholte sich achtmal. Dann wurden die 70 auf ein Dostaus nach Potsdam transportiert, wo sie bis Donnerstag ohne die geringste Verpflegung verblieben, und kamen dann nach Neureuppin, wo sie sich bis auf 26, die am 31. März entlassen wurden, noch alle in der Friedrich-Krang-Kaserne in Gartz befanden. Irigend ein Haftbefehl oder Mitteilung, daß Schutz oder Unterstellung über sie verhängt sei, wurde ihnen nicht gemacht. Vielmehr wurde ihnen wiederholt erklärt, sie würden samt und sonderlich erschossen. Die Vernehmungsberechtigten, die von dem Bürgermeister von Kremen und anderen Stellen unternommen wurden, blieben bis heute erfolglos. Die Familien der Verhafteten sind in allergrößter Not geraten.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 1218 der von Dr. Hub. Weisbach herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Bilanz von Hub. Weisbach; Die Reichsrevolte im Zentrum von August Erdmann; Krieg und Wirtschaft von Industrius; Der Friede von Dorpat und die allgemeine Sozialdemokratie von R. Marina-Rodas; Die Bilanz des Weltkrieges von Erich Landow.

